Entwurf. Die verbündeten Regierungen glaubten in dem Entwurf die richtige Lösung gefunden zu haben für die schwierige Aufgabe, das bisherige Verfahren zu reformiren, ohne Straffheit und Zucht im Heere zu schädigen; sie erblickten ferner in der Herstellung eines gemeinsamen Rechtsverfahrens für das ganze deutsche Heer und die Marine einen Gewinn für die Nation. Hoffentlich werde dem Zustandekommen des Gesetzes kein Hinderniß bereitet werden durch die Geltendmachung von Wünschen, denen die verbündeten Regierungen nicht zuzustimmen in der Lage sein würden.

Der preußische Kriegsminister **v. Gossler** giebt eine Darlegung der Vorgeschichte des Entwurfs und betont, daß ihm Se. Majestät die Förderung der Militärstrafproceßreform besonders an das Herz gelegt habe. Die Ausarbeitung sei die allersorgsamste gewesen und habe viele Mühe gemacht. Er habe bestimmten Befehl erhalten, dafür zu sorgen, daß das vom Reichskanzler gegebene Versprechen eingelöst werde. Die Grundlagen, auf denen der Entwurf beruhe, dürften nicht verändert werden. Sollten durch Abänderungen diese Grundlagen erschüttert werden, so würden die verbündeten Regierungen gezwungen sein, die Aenderungen abzulehnen. Ein solcher Schritt des Reichstags würde über verhängnißvoll sein.

Abg. **Groeber** (Centr.) sagt, seine Freude über die Vorlage sei bei deren näherer Prüfung sehr getrübt worden. Er hoffe zwar auf eine Verständigung mit der Regierung, aber doch nicht ohne wichtige Aenderungen. Ohne solche könnte seine Partei das Gesetz nicht annehmen. Bezüglich der Officiere des Beurlaubtenstandes und hinsichtlich der Straftaten, die vor Eintritt in das Heer begangen worden seien, meine seine Partei, daß die rein bürgerlichen Vergehen lediglich vor den Civilrichter gehörten. Das bayerische Reservatrecht hinsichtlich des obersten Gerichtshofs erkenne er an, und er werde einen entsprechenden Antrag einbringen. Der Redner bespricht noch weitere Bedenken und betont dabei, daß der Ausschluß der Oeffentlichkeit aus Gründen der Disciplin zu weit gehe. Das Wichtigste sei aber die Frage der Vertheidigung, die durch die Vorlage zu sehr beschränkt werde. Er behalte sich auch hierzu Anträge vor.

Abg. **v. Puttkamer-Plauth** (cons.): Die Conservativen behielten sich ihre Entscheidung bis nach den Commissionsverhandlungen vor, würden aber keine wesentlichen Verschlechterungen bezw. Abänderungen der Vorlage zulassen. Sie hätten in den meisten Punkten eine vom Vorredner abweichende Anschauung. Seine Partei stehe der Vorlage theils ablehnend, theils schwankend gegenüber. Namentlich richteten sich die Bedenken gegen die einzuführende bedingte Oeffentlichkeit, die dazu benutzt werden würde, den Angriffen auf die Armee neue Nahrung zu geben. Ein Bedürfniß zu einer Reform des Militärstrafprocesses liege nicht vor, sondern nur eine Concession an die sogenannte öffentliche Meinung, der er weitere Concessionen nicht gemacht zu sehen wünsche.

Abg. **Schröder** (freis. Vereinig.) hofft, daß es hinsichtlich der Vorlage zu einer Verständigung kommen werde, und findet die Behauptung des Vorredners, daß für diese Reform kein Bedürfniß vorliege, ungeheuerlich. Den Anspruch Bayerns auf ein Reservatrecht erkenne er nicht an, denn es heiße in dieser Hinsicht nur, daß Bayern eine eigene Militärgerichtsbarkeit habe, so lange diese Frage nicht durch das Reich geordnet worden sei.

Der bayerische Bevollmächtigte Graf **Lerchenfeld** führt aus, daß der Anspruch Bayerns auf einen obersten Gerichtshof im Bundesrath nicht bestritten, aber auch nicht anerkannt werde. Deshalb habe man den Ausweg gefunden, die Frage offen zu lassen. Bayern habe unzweifelhaft das Recht auf einen obersten Gerichtshof; das Reich könne diesen zusammensetzen, aber die Rechtsprechung nicht selbst ausüben.

Der Reichskanzler Fürst zu **Hohenlohe-Schillingsfürst** hebt hervor, daß bezüglich des bayerischen Reservatrechts Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, die aber hoffentlich in freundlicher Weise ausgeglichen werden würden. Die Frage sei in der Schwebe gelassen worden, und der Reichstag möge dem Bundesrath hierin folgen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Politische Uebersicht.

* **Dresden**, 17. December.

Die Bodelschwinghschen Anstalten.

Wie berechtigt unsere Reserve gegenüber den Zeugenaussagen im Bielefelder Processe war, hat das Resultat ergeben. Im Verlaufe des Processes hat sich die Unzuverlässigkeit der meisten Belastungszeugen ergeben, und der Gerichtshof hat den Verfasser der Broschüre, welche den Grund zur Beleidigungsklage bildet, wegen schwerer Beleidigung verurtheilt. Daß ihm außerdem noch niedrige Motive bei Verfassung der beleidigenden Schrift beigelegt wurden, hat die Strafe verschärft. Aus der Verhandlung ist hervorgegangen, daß sich der Verfasser ohne gewissenhafte Controle zur Aufnahme scharfer Anklagen gegen die Anstalt bereit finden ließ und daß ihm der Wahrheitsbeweis hierfür bis auf wenige nicht durchschlagende Punkte mißlungen ist. Immerhin geben diese wenigen Punkte Anlaß zu scharfem Tadel der Verwaltung: Die Anstellung eines, bis zur periodischen Unzurechnungsfähigkeit Nervenkranken als Hausvater, die in Einzelfällen nachgewiesenen körperlichen Mißhandlungen der Pfleglinge, an denen in einem Falle auch Pastor v. Bodelschwingh jun. Theil hatte, und sonstige Vorkommnisse sind unter keinen Umständen zu billigen! Die Bodelschwinghschen Anstalten haben sich Werke christlichen Erbarmens zur Aufgabe gesetzt. Die Verwaltung sollte daher ganz von christlicher Liebe erfüllt sein. Das scheint indessen nicht zuzutreffen. Die Regel „Bete und arbeite" wird übereifrig geübt gegen die Kranken, und Schläge scheinen vielfach von den Unterbeamten für ein medicinisches Heilmittel gehalten zu werden! Die ganze Affaire giebt einen Beitrag zu der Lehre, daß über jede Art von Krankenanstalten die sorgsamste staatliche Aufsicht geführt werden sollte.

Deutschland.

—* **Kaiser Wilhelm bei Bismarck.** Nachdem die schlanke „Gefion" gestern bereits Mittags Rendsburg passirt war, wendete sich die Erwartung der äußerst zahlreichen am Ufer harrenden Menschenmenge in erhöhtem Grade der Ankunft des Kreuzers „Deutschland" zu. Gegen 4 Uhr kam er in Sicht, um 4½ Uhr hielt er vor der Brücke; es begann stark zu dunkeln, da erstrahlten die Ufer weithin im prächtigen Lichte rother Magnesiumfackeln. Der Kaiser verließ nun nach innigem Abschied von seinem Bruder die „Deutschland" und fuhr mit der Pinasse an Land, wo er ganz vorn am Brückenkopf Aufstellung nahm. Im flackernden düster-rothen Scheine zog nun die „Deutschland" langsam und majestätisch heran. Auf der Commandobrücke stand Prinz Heinrich. Punkt 5 Uhr hatte der stattliche Panzer die Brücke passirt, welche sich langsam hinter ihm schloß. Ein letzter Kaiserlicher Wink grüßte den scheidenden Bruder. Bald darauf bestieg der Kaiser den zur Fahrt nach Friedrichsruh bereitstehenden Sonderzug. Da erschollen unter den Klängen der Nationalhymne vieltausendstimmige begeisterte Jubel- und Hurrahrufe, bis sich der Zug des Kaisers in Bewegung setzte und den Blicken des Publikums entschwand.

In **Friedrichsruh** traf der Kaiserliche Hofzug um 7 Uhr 38 Min. Abends ein und hielt vor dem Eingang zum Herrenhause. Der Kaiser und Prinz Adalbert, die beide Marineuniform trugen, entstiegen dem Salonwagen, nach ihnen die Herren des Gefolges, darunter der Admiral v. Knorr und der Chef des Marinecabinets Freiherr von Senden-Bibran. Der Monarch, den das versammelte Publikum mit lebhaften Hochrufen, empfing wurde begrüßt von dem Grafen Rantzau, der das Fernbleiben des Fürsten Bismarck mit dessen Krankheit entschuldigte; darauf begab sich der Kaiser nach dem Herrenhause, während die Freiwillige Feuerwehr die Fackeln trug und die Schüler Spalier bildeten. Im Schlosse begrüßte die Gräfin Rantzau den Kaiser und geleitete ihn in das Zimmer des Fürsten, der im Rollstuhl blieb. Gleich nach der Begegnung, die einen herzlichen Charakter trug, setzte man sich zur Tafel, an der 18 Personen theilnahmen, und bei welcher der Kaiser zwischen dem Fürsten Bismarck und dessen Tochter saß, während ihm gegenüber Prinz Adalbert, General v. Hahnke und Graf Eulenburg Platz genommen hatten. Die Unterhaltung bei Tische wurde bald lebhaft. Der Kaiser scherzte häufig und sah trotz der Strapazen des Tages wohl aus. Der Fürst ließ sich nach dem Essen die lange Pfeife reichen, während der Kaiser eine Cigarre nahm. Von der Tafel begab sich der Monarch, wiederum von den begeisterten Hochrufen der Menge begrüßt, mit Gefolge direct zum Sonderzug zurück, der um 8 Uhr 54 Min. abfuhr.

—* **Czechische Instrumente bei den deutschen Militärmusikcorps.** „Angesichts der Ausschreitungen", so schreibt die „Köln. Ztg.", „die in jüngster Zeit gegen unsere deutschen Stammesbrüder in Böhmen verübt wurden, verdient es als Curiosum erwähnt zu werden, daß ein nicht geringer Theil der deutschen Militärmusikcorps heute noch mit Instrumenten ausgerüstet wird, die aus einer rein czechischen Fabrik stammen. Diese Fabrik ist die Firma Červený u. Söhne in Königgrätz, die nur czechische Arbeiter beschäftigt. Aber auch wenn die Firma Červený deutsche Arbeiter beschäftigte, so könnte dies für die deutsche Heeresverwaltung kein zwingender Grund sein, jetzt noch ihren Bedarf an Musikinstrumenten im Auslande zu decken, da doch die deutsche Industrie auch auf diesem Gebiete mit jeder ausländischen siegreich in die Schranken treten kann. Die czechische Bezugsquelle mag vor etwa 30 Jahren, als sie noch das Beste auf dem Gebiete der Militärmusikinstrumente lieferte, ihre Berechtigung gehabt haben, heute trifft das nicht mehr zu."

—* **Keine Kartentelegramme.** Die Nachricht, daß die Reichspostverwaltung die Einführung von Kartentelegrammen plane, wird dementirt; an maßgebenden Stellen sei von einer derartigen Absicht als einer bereits seit beschlossenen Maßregel nichts bekannt.

Ausland.

England. London, 16. December. „Observer" erfährt, dem Parlament werde mitgetheilt werden, möglicherweise in der Thronrede, die Regierung sei entschlossen, eine **Conferenz der an den Zuckerprämien betheiligten Mächte** einzuberufen. In der Conferenz werde klar angedeutet werden, die britische Regierung sei vorbereitet, wenn das Prämiensystem nicht aufgegeben werde, die Einführung von Compensationszöllen in Erwägung zu ziehen.

Amerika. New-York, 16. December. Von der Insel Atalan kommt die Nachricht, Präsident McKinley habe das Kanonenboot „Demokrat" und ein anderes Schiff **nach Haïti abgesandt,** um über die Lage auf der Insel sich zu vergewissern. — Der Dampfer „Cleveland", der mit Passagieren und Lebensmitteln nach den Goldfeldern von Klondyke unterwegs war, erlitt an der Westküste der Vancouverinsel **totalen Schiffbruch;** 22 Personen ertranken.

Aus der Stadtverordnetensitzung.

In der gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Herrn Vicevorstehers Dr. Osterloh gelangten zunächst die Eingänge zur Erledigung. Aus denselben ist hervorzuheben eine Eingabe einer Anzahl Anlieger und Anwohner der Blasewitzerstraße, der Herren Seifenfabrikant Hugo Otto und Genossen, in welcher sie um **Wegweisung des Lastverkehrs von der Blasewitzerstraße** nach der Trinitatisstraße bitten. Die Eingabe wird dem Rath überwiesen. In die Tagesordnung eingetreten, werden zunächst die Herren Maurermeister Mirus, Regierungsbaumeister Rumpel und Baumeister Schimmichen auf die nächsten drei Jahre zu Mitgliedern des Baupolizei-Ausschusses gewählt. Als Armenpfleger für den 15. Pflegverein wird Herr C. Rietschel, Lilienstr. 18, 1., und für den 53. Pflegeverein Herr Lehrer Hempel, Bürgerstr. 52, gewählt.

Hierauf tritt das Collegium in die Berathung über den vom Rathe vorgelegten **Entwurf einer Wohnungsordnung** und über die Bewilligung eines Berechnungsgeldes von 5000 Mk. zur Aufnahme einer **Wohnungsstatistik.** St.-V. Winter bemerkt, daß er sich unter einer Wohnungsordnung wohl etwas Anderes gedacht habe, als der vorliegende Entwurf zeige, da derselbe mehr eine Regelung des Schlafstellenwesens sei, trotzdem acceptire er den jetzigen Entwurf als einen Fortschritt und er danke dem Rath, vor Allem dem Berichterstatter für die eingehende und erschöpfende Arbeit. Mit Annahme des Entwurfes werde in gesundheitlicher Beziehung der Stadt ein großer Dienst geleistet und ist dieselbe ein Schritt vorwärts auf dem socialen Gebiete. Freilich könnten viele Leute mit gutem Einkommen mehr an die Wohnung wenden als dies jetzt der Fall ist. St.-V. Dr. Häckel ist der Meinung, daß die bestehenden Gesetze über das Wohnungswesen vollständig ausreichen und man eine neue Wohnungsordnung gar nicht brauche. Man werde damit nur dem Denunciantenthum Thor und Thür öffnen. Mit dem jetzigen Beamtenstand könne nur jährlich höchstens eine Revision vorgenommen werden und damit sei die Wohnungsordnung hinfällig. Redner stellt den Antrag: „Collegium wolle sich gutachtlich dahin äußern, dem Rathe zu empfehlen, von dem Erlaß einer Wohnungsordnung Abstand zu nehmen." St.-V. Müller v. Berneck tritt für die Einführung der Wohnungsordnung ein und erörtert die Bedingungen, welche selbst für die kleinste Wohnung gefordert werden müssen. Er bittet die Wohnungsordnung anzunehmen. St.-V. Hartwig I wünscht, daß sich das Collegium zustimmend zu der Wohnungsordnung verhalte und dieselbe angenommen werde. Sobald eine Wohnungsordnung eingeführt sei und von der Behörde streng durchgeführt werde, wird es sich zeigen, wer die Schuld an schlechten Wohnungsverhältnissen trägt. Jedenfalls wird es viel weniger Fälle geben, wo die Schuld dem Hauswirth an unerträglichen Verhältnissen zugeschoben werden kann. Wolle man die Wohnungsordnung ablehnen, so marschire man hinter den Vororten Dresdens, die die Wohnungsordnung bereits haben. Das Schlafstellenwesen könne nicht ganz beseitigt werden, nur müsse es in richtige Bahnen gelenkt werden. St.-V. Rößner spricht sich gegen die Wohnungsordnung aus und wünscht, daß der Rath dieselbe nochmals gründlich durcharbeiten möge. (Gelächter.) Für eine Aeußerung bezüglich der vom Rathe vermietheten Wohnungen und wonach der Rath erst vor seiner eigenen Thür kehren möge, zieht sich Redner einen Ordnungsruf zu. St.-V. Schütze glaubt nicht, daß man mit derartigen Erlassen wie die Wohnungsordnung an das Ziel komme. Man wolle die unbemittelten Leute zwingen, eine bessere Wohnung zu miethen, das sei aber nicht durch Gesetze zu erreichen, sondern man müsse dann denselben das Geld dazu geben. Die Wohnungsordnung enthalte gegenüber ihren Vortheilen so viele Härten, daß man vor Einführung derselben erst an die Beseitigung dieser Härten denken möge. Stadtrath Dr. Körner wundert sich, daß man die Frage noch aufwerfe, ob die Wohnungsordnung einzuführen sei oder nicht, da man doch, selbst, wenn die gegenwärtige Wohnungsordnung nicht vorläge, über kurz oder lang zu Bestimmungen hierüber kommen müsse. Die Ordnung der Wohnungsverhältnisse gehöre mit zur Lösung der socialen Frage. Die in derselben enthaltenen Forderungen seien auf das Mindestmaß beschränkt worden und richten sich hauptsächlich gegen das Schlafstellenwesen. Die übrigen Bestimmungen bezüglich der Untermiethe sollen von Fall zu Fall erörtert werden. Redner sucht die in einzelnen Paragraphen hervorgehobenen Härten zu widerlegen und freut sich, daß der Ausschuß der Vorlage so freundlich gegenüberstehe. St.-V. Dr. Ritter dankt dem Rathe vom Standpunkte des Arztes für den Entwurf der Wohnungsordnung, da dieselbe ein Schritt zur Lösung der socialen Frage bedeute. Ob der Hauswirth oder die Miether an den schlechten Verhältnissen schuld seien, sei gleich, das Zuströmen des Proletariats zur großen Stadt mache dem Rathe zur Pflicht, in sanitärer Beziehung Alles zu thun, zum Wohle der Stadt gereiche. Der Rath habe mit seiner Wohnungsordnung hierzu den ersten Schritt gethan und er erwerbe sich ein großes Verdienst. Die Wohnungsordnung soll sich nicht gegen den Hauswirth oder gegen den Miether richten, sie soll vielmehr vermittelnd über Beiden stehen und Ordnung nach jeder Richtung schaffen. Er bitte dringend, die Wohnungsordnung anzunehmen, wie sie vorliegt. St.-V. Dr. Häckel begründet seinen Antrag, da er nicht als Vertreter der socialen Reformen, sondern als Bürger Dresden gestellt. Den Zuruf des St.-V. Winter „Reformer" verbitte er sich ein für allemal, er habe dem St.-V. Winter seine conservative Gesinnung auch noch nicht vorgehalten. Oberbürgermeister Beutler wendet sich gegen die Aeußerungen des St.-V. Rößner bezüglich Vorkommnisse in einer Rathswohnung. Er kenne einen derartigen Fall nicht, ersuche aber den St.-V. Rößner, ihm genauere Angaben zu machen. Wenn in einem Hause „Prostitution" getrieben werde, sei dies eben der Beweis, daß eine strenge Controle der Wohnungen nöthig ist. Der Rath glaube durchaus nicht, mit der Wohnungsordnung unbedingt Richtige getroffen zu haben, aber es sei mit derselben wenigstens ein Schritt zum Guten gethan. Wenn einzelne Härten vorhanden sind, so sind sie auch zu mildern, aber nur auf dem Gebiete der Wohnungsverhältnisse könne der erste Schritt zur Lösung der socialen Frage gethan werden. Er bitte dem Antrage des St.-V. Dr. H. nicht stattzugeben. St.-V. Kammsetzer ist der Ansicht, man möge den Entwurf statt Wohnungsordnung „Regelung des Schlafstellenwesens" nennen, und wenn das Schlafstellenwesen in sanitärer und sittlicher Beziehung ungeregelt wird, so sei in sanitärer und sittlicher Beziehung unendlich viel gethan, dann werde man auch das treffen, was man mit der vorliegenden Wohnungsordnung erreichen wolle. Er bitte, dem Antrage Dr. Häckel anzunehmen. St.-V. Hartwig I behauptet, daß die vorliegende Wohnungsordnung gar nicht schärfer ist, als was bis jetzt schon Bestimmung sei, und weist das an den einzelnen Paragraphen nach. Herr Oberbürgermeister Beutler kann die Beschaffung kleinen Wohnungen nicht als zur Competenz der Stadtbehörde gehörig betrachten, wenn aber der Rath als Arbeitgeber für Wohnungen seiner Arbeiter sorgen wolle, so werde er das mit Freuden begrüßen. Wenn dann alle großen Arbeitgeber dem Beispiele des Rathes folgten, so würde von selbst die schwierige Wohnungsfrage in großen Theile gelöst werden. Bei Berathung der einzelnen Paragraphen in der Specialdebatte bemerkt Stadtrath Körner bezüglich der Kellerräume (§ 2), daß sich der Entwurf nicht gegen Souterrainwohnungen überhaupt richte, sondern nur gegen gesundheitsgefährlichen Kellerwohnungen. Im Uebrigen rufe die Berathung der einzelnen Paragraphen, wie zu erwarten, einen mehrstündigen lebhaften Meinungsaustausch hervor. Schließlich wird der Entwurf der Wohnungsordnung mit den gemachten redactionellen Aenderungen dem Rathe zur Annahme empfohlen und demselben die Aufnahme einer Wohnungsstatistik in dem bezeichneten Umfange und Berechnungsgeld von 5000 Mk. zu Lasten der Pos. 50 des diesjährigen Haushaltplanes verwilligt.

Der Antrag des Herrn St.-V. Häckel, die Wohnungsordnung fallen zu lassen, wurde mit der Annahme der Wohnungsordnung abgelehnt betrachtet. Die noch übrigen 18 Punkte der Tagesordnung wurden der vorgerückten Zeit halber — ½12 Uhr Nachts — von der Tagesordnung abgesetzt und zur Berathung derselben eine andere Sitzung für Mittwoch den 22. December anberaumt.

Locales und Sächsisches.

Dresden, 17. December.

— **Se. Königliche Hoheit der commandirende General Prinz Georg** widmet Namens der sächsischen Armee dem verstorbenen General Adolf Senfft v. Pilsach nachstehenden Nachruf: „Er war ein treuer Diener seiner Königlichen Herrn, dessen vollstes Vertrauen er genoß, ein vorzüglicher Officier von musterhafter Pflichttreue, ein vornehm gesinnter Mann von höchster Selbstlosigkeit, dem allseitig nur Liebe und Verehrung ins Grab folgen. Die sächsische Armee, insbesondere die sächsische Cavallerie wird dem Heimgegangenen dauernd ehrendes Andenken bewahren. Der commandirende General: Georg, Herzog zu Sachsen."

— **Ihre Königliche Hoheit die Frau Prinzessin Johann Georg** ist aus Stuttgart nach Dresden zurückgekehrt.

— **Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Mathilde** wohnte in Begleitung der Hofdame Baronin v. Gärtner den Christfeierlichungen der Kinderbewahranstalt auf der Palmstraße, sowie der Kinderbewahranstalt und Krippe auf der Seminarstraße bei.

— **Der Königlich Sächsische Gesandte Graf v. Hohenthal und Bergen** empfing am Donnerstag Mittag den Vorstand des Sachsenvereins zu Berlin, bestehend aus den Herren Zimmermann, Würker, Weber, Tonchy und Landmesser, um den Jahresbericht über das verflossene Vereinsjahr entgegenzunehmen.

— **Die Jubiläumsstiftung,** welche die Stadt Dresden anläßlich des im April nächsten Jahres bevorstehenden Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Königs errichtet, beträgt unter Hinzurechnung der noch nachträglich bewilligten 400 000 Mk., worüber wir bereits berichtet haben, die ansehnliche Summe von rund zwei Millionen Mk. Für diese Summe erwirbt die Stadt Dresden eine Anzahl Jugendspielplätze, u. A. auch den Hain-park des Vereins Volkswohl in der Neustadt am Eingange der Dresdner Haide. Die Stiftung wird also in erster Linie dem Volke zu Gute kommen. Dies entspräche auch den Intentionen Sr. Majestät des Königs. Die Tendenz dieser wirklich gemeinnützigen Stiftung dürfte wohl in allen Kreisen der Bevölkerung Zustimmung finden.

— **Bei der letzten Stadtverordneten-Ergänzungswahl** sind im Ganzen 9185 giltige Stimmzettel und zwar 2365 von Ansässigen und 6820 von Unansässigen abgegeben worden. Von 14 000 stimmberechtigten Bürgern haben also 61,37 Proc. von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht. Die Gesammtzahl der auf Ansässige gefallenen Stimmen beträgt 105 927, die der auf Unansässige gefallenen Stimmen 115 614. Der Allgemeine Hausbesitzerverein und der Allgemeine Miethbewohnerverein haben für ihre Candidaten je rund 1800 Stimmen, die Vereinigung der Lehrer und Beamten etwa 1600, der Altstädter Bezirksverein mit den ihm verbündeten Vereinen rund 1500, der conservative Verein aber nur etwa 900 Stimmen zusammengebracht.

— **Die Königliche Kreishauptmannschaft Dresden** hat beschlossen, die zu der bisher politischen Gemeinde Trachenberge gehörige „Hellerberge" vom 1. Januar 1898 ab aus dem Standesamtsbezirk Wilschdorf auszuscheiden und dem Standesamtsbezirk Dresden III zuzuverleiben.

— **Die beiden städtischen Markthallen** hier sind Sonnabend den 19. d. M. von 11 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Abends und an den drei Tage vor dem Weihnachtsfeste (Mittwoch, Donnerstag und Freitag) von früh bis Abends ununterbrochen für den Verkehr geöffnet.

— **Daß der Abbruch alter aber nutzbringender Gebäude** und die Errichtung von Neubauten an deren Stelle für den Besitzer nicht immer mit Nutzen, sondern auch mit Schaden verbunden sein kann, ersieht man an dem Grundstück Ecke Ostra-Allee und Marschallgäßchen. Der Besitzer, Herr Günther, ließ vor 3 Jahren die alten Gebäude, die eine anständige Miethe ergaben, abbrechen und hier einen schmucken Neubau ersetzen. Zwei Jahre ist der Bau fertig, wird aber außer dem Besitzer fast von Niemandem bewohnt. Wie nennt man Pech; oder sind etwa die Miethen der schönen Nachbarschaft, des alten Malersaales und der Münze wegen, etwas zu hoch geschraubt?

— **Die Dresdner Haide** wird von Jahr zu Jahr von Freunden des Waldes mehr aufgesucht. Dagegen werden die Forstbeamten zwar im Allgemeinen nichts einwenden, wohl aber gegen das rücksichtslose Durchziehen der Waldpartien seitens halbwüchsiger Burschen mit Flinten und sonstigen Instrumenten, durch welche das Wild verscheucht wird. Diese Instrumente werden beim Betreffen eingezogen und sollen bereits recht ansehnliche Posten bei den Förstern lagern.

---

* **Residenz-Theater.** Sonnabend spielen die Schlierseer in dem Volksstück „Der Protzenbauer", womit sie auch am Montag ihr erfolgreiches Gastspiel beschließen. Sonnabend Nachmittags 3½ Uhr wird das Weihnachtsmärchen: „Prinzessin und Spielmann" oder „Die beiden Rosen" gegeben.

* **Herr Hofschauspieler Schubert** ist auf fünf Jahre für das Königliche Hoftheater wieder verpflichtet worden.

* **In der Gesellschaft für Literatur und Kunst** trug am 15. December Herr Wilhelm Wolters drei meisterhaft aufgebaute und dem wirklichen Leben entnommene poetische Novellen vor, die die Ueberschriften: Gift, Nomine afflatur und Wohnungsrath führten. Fesselten die beiden ersten durch ihre mit großer Anschaulichkeit durchgeführten ernsten Gedanken, so die letzte durch die sonnige Heiterkeit, die über ihr ausgebreitet lag. Das klangvolle Organ, sowie der fein nuancirte Tonfall des Vortragenden verliehen den schönen Erzählungen besonderes Leben, und die zahlreiche Zuhörerschaft bezeugte ihren Dank durch lebhaften Beifall.

* **Bei dem von der Redaction des „Deutschen Dichterheims" in Wien** veranstalteten Wettbewerb hat auch der in Waldorf in der Oberlausitz lebende angesehene Dresdner Dichter Kurt Geucke einen Preis erhalten, und zwar für sein schönes Gedicht „Das Kummerschifflein"; das Gedicht ist auch in einer soeben vom Dichter veranstalteten illustrirten Sammlung seiner trefflichen Erzählungen und lyrischen Gedichte mit enthalten, die im Verlag von Hermann Walther zu Berlin unter dem Titel „Nächte, Gassen- und Giebelgeschichten, Bilder aus Zeit und Zukunft von einem Mitmenschen" erschienen ist.

* **Von dem Dresdner Schriftsteller Eugen Friese** ist in Nürnberg am 14. d. M. ein neues Lustspiel „Rembrandt" mit gutem Erfolge aufgeführt und bereits bei mehreren anderen Bühnen zur Aufführung angenommen worden.

* **Major v. Wißmann** und sein Begleiter, Regierungsrath Dr. Bumiller, sind von ihrer viermonatlichen Reise nach Innerasien wieder in Berlin eingetroffen. Wißmann wurde in Petersburg vom Kaiser Nikolaus in Audienz empfangen.

* **In der Berliner National-Galerie** wurde das Bildwerk „Der Hunne" von Erich Hoesel-Dresden aufgestellt. „Der Hunne" hat seinen Platz in den oberen Räumen der Galerie erhalten.

* **In der Akademie für Zeichnen und Malen** von E. O. Simonson, Lindenaustraße 44, spricht morgen Sonnabend von 5 bis 6 Uhr Nachmittags Herr Kunstschriftsteller Docent Theodor Seemann über die Plastik und Malerei des 12., 13. und 14. Jahrhunderts, die beiden hochinteressanten Vorträge behandeln vorzugsweise die Baukunst des romanischen und gothischen Stils. Anmeldungen zur Theilnahme an demselben sind täglich von 11—12 Uhr Vormittags und vor dem Vortrag zu bewirken.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490221629-18971218/2